



Aberglaube

Ich bin nicht abergläubisch. Aber ich glaube an die Kraft des guten Omens. Soeben habe ich bei mir im Stadion vor den Toren meines Dorfes das Landesligaspiel MTV Soltau gegen TuS Neetze angesehen. Ich war ein bisschen spät dran, es wurde schon gekickt – und zwar durchaus zum Nachteil des Gastgebers, also Neetze. Doch mir war klar: Wenn die Summe meiner Schritte vom Auto auf dem Parkplatz bis zum Kassenhäuschen eine ungerade Zahl ergibt, dann wird alles wieder gut. Und? 35 Schritte! Vor meinem Eintreffen lag Soltau mit 2:0 in Führung, am Ende gewann Neetze mit 6:3. Mir ist schon klar, dass letztlich die Spieler das Spiel gewannen, weil sie mehr Tore geschossen haben. Aber ich bitte darum, meinen Beitrag bei der Würdigung der Gesamtleistung nicht zu unterschätzen! *effeff*

ANZEIGE



Drebold Bestattungen
Gut beraten im Trauerfall
Marschacht, Tel. 04176/410
Neetze, Tel. 05850/302
Scharnebeck, Tel. 04136/900340
Auf eigene Leistungen



LüNeBURG

CDU wählt einen neuen Vorstand

Die Lüneburger CDU lädt zu einer Mitgliederversammlung des Stadtverbandes der Partei ein. Am Dienstag, 21. November finden ab 19 Uhr im Vitalissimo an der Uelzener Straße unter anderem Vorstandswahlen statt. Zudem gibt es Berichte. *lz*

Ein Stadtrat reicht der Politik nicht

Testlauf für einen Bürgerrat startet. 30 Mitglieder werden per Los bestimmt und sollen ausschließlich ein Thema beraten

Von Joachim Zießler

Lüneburg. Stuttgart hat einen, Bonn und Neumünster ebenfalls. Sogar der Bund. Nun reißt sich Lüneburg in eine Gruppe von 85 Kommunen ein, die Bürgerräte eingesetzt haben. Also Gremien, in die Erwachsene per Losentscheid entsandt werden, um dort über ein Einzelthema zu diskutieren und anschließend den gewählten Rat zu beraten.

Die neue Räterepublik liegt im Trend. Doch im Lüneburger Stadtrat wurde erbittert um das Instrument gerungen. „Irrsinnig“

nannten die Idee die einen, einen „echten Gewinn für die Demokratie“ die anderen. Bei acht Gegenstimmen brachte der Rat einen Testlauf auf den Weg.

Der Anlauf zum Testlauf war lang. Am 6. Dezember 2021 hatte die SPD den Vorstoß gemacht. Eine interfraktionelle Arbeitsgruppe empfahl einen Testlauf, der von einem Seminar der Leuphana analysiert werden soll. Dem Bürgerrat sollen 30 Frauen und Männer angehören, die zufällig ausgewählt werden. Dafür werden 600 Haushalte aus dem Melderegister angeschrieben. Die Stadt rechnet mit fünf Prozent Rückmeldungen. Unter denen sollen Quoten dafür sorgen, dass der Bürgerrat die Stadtgesellschaft möglichst genau widerspiegelt.

So sollen ihm maximal 14 Männer angehören, 16- und über 60-Jährige vertreten sein, drei Menschen dazugehören, die in einem Haushalt mit Kindern leben, fünf Mitglieder sollen Migrationshintergrund aufweisen und acht Menschen maximal einen Hauptschulabschluss haben.



Der Zukunftsrat – hier vertreten durch (v.l.) Norbert Bernholt, Christine Katz und Dirk Garvels – forderte schon 2022 die Umsetzung des Bürgerrates.

Foto: t&w

Jeder Bürgerrat bearbeitet, berät von Fachleuten, nur ein Thema, dann wird ein neuer gebildet. Als Premierenthema wurde „Zukunftskonzept Glockenhaus“ festgelegt. Doch einige Mitglieder des Stadtrates hätten dem Bürgerrat am liebsten das Totenglocklein geläutet.

25.000 Euro für das neue Gremium

Burghard Heerbeck (CDU) begründete die Ablehnung durch seine Partei: Die Idee sei gut gemeint, „Umsetzung und Zeitpunkt könnten aber falscher nicht sein“. Die Quotenregeln sei eine „Verfälschung zu einer ideologisch motivierten Zusammensetzung der Teilnehmerrunde“. Heerbeck fragte, wer denn die Fachleute auswähle, die die Meinung der Bürgerräte beeinflussen. Für ihn sei das „Zusatzorgan überflüssig“. Steuergeld dafür zu verwenden „ist irrsinnig“.

Nach Auskunft von Stadtpresssprecherin Ann-Kristin Jenckel wird mit Kosten von 25.000 Euro pro Bürgerrat kalkuliert. Das Votum des Rates beauftrag-

te die Verwaltung damit, Haushaltsmittel für den Testlauf und einen weiteren Bürgerrat in den Haushalt 2024 einzustellen.

Hiltrud Lotze (SPD) zeigte sich froh über den Testlauf. Sie glaubt: „Der Bürgerrat ist ein gutes Instrument, um politikferne Bürger zu erreichen. Demokratie kostet Geld. An dieser Stelle ist es gut eingesetzt. Der Schritt trägt dazu bei, dass sich die Gesellschaft nicht weiter spaltet.“ Katja Raiher (Grüne) betonte, dass die Ratsfrauen und -herren „die vielfältigen Meinungen in der Stadt nicht abbilden können“. Bürgerräte hingegen schon. Dessen Themen sollten aus der Bürgerschaft heraus bestimmt werden. „Das ist eine sinnvolle Ergänzung der politischen Praxis.“

Marianne Esders (Linke) sagte, „in Zeiten, in denen Antidemokraten die Demokratie aushebeln wollen“, sei das Vorhaben ein „echter Gewinn für die Demokratie“. Die Anliegen der Menschen würden besser wahrgenommen und könnten so umgesetzt werden. „Interessant ist,

dass die CDU von ihrem Wahlversprechen abrückt.“ Cornelius Grimm (FDP) teilte die Skepsis von Heerbeck: „Meine Erfahrungen decken sich mit seinen. Aber wir haben es versprochen vor der Wahl, deshalb stehen wir auch dazu.“ Man werde aber den Testlauf kritisch beleuchten. Fraktionskollege Frank Soldan meinte, „wir brauchen kein Gremium, das wieder nur eine Richtung repräsentiert.“ Und die Demokratie in die Gesellschaft zu tragen „geht nur mit interessanten Themen. Das erste Thema ist aber nicht motivierend.“

AfD spricht von „Simulation von Bürgerbeteiligung“

Sören Köppen (Basis) meinte, „wer mehr Bürgernähe will, sollte raus zu ihnen gehen.“ Robin Gaberle (AfD) nannte das Projekt der „selbst ernannten demokratischen Parteien“ eine „Simulation von Bürgerbeteiligung statt direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild“.

Kalina Magdzinska (Grüne) trat den Bedenken der Liberalen und der Christdemokraten ent-

gegen: „Ich kann keine ideologische Orientierung bei der Auswahl der Bürger erkennen. Der Bürgerrat soll repräsentativ sein. Anders als der Rat, der zwar demokratisch gewählt, aber nicht repräsentativ für die Stadtgesellschaft ist.“ Das bestritt Eckhard Pols (CDU) für seine Partei. Diese sei „ein Spiegelbild der Gesellschaft“. Ulrich Blanck (Grüne) konterte: „In keiner unserer Fraktionen ist ein Gemüsehändler mit Migrationshintergrund. Wenn über den Bürgerrat mehr Menschen vermittelt wird, dass ihre Meinung zählt, hilft das.“

Dirk Schumacher, Sprecher des Vereins „Mehr Demokratie“, begrüßte den Schritt Lüneburgs: „Losbasierte Bürgerräte überbrücken den Graben zwischen Politik und Bevölkerung.“ Der vom Bundestag eingesetzte tagt derzeit zum Thema „Ernährung im Wandel“. In Irland hätten Bürgerräte sogar geholfen, Großkonflikte zu Abtreibung und Ehe für alle aufzulösen. Anfang 2024 soll der Lüneburger Bürgerrat zum Thema „Nutzungskonzept Glockenhaus“ tagen.

